

■ Myanmar on the Way towards Social and Ecological Justice?

Am 3. und 4. Mai 2013, in der Akademie der Evangelischen Kirche im Rheinland, Bonn

Ein Tagungsbericht von Uwe Hoering

Seit der überraschenden politischen Öffnung, der wirtschaftlichen Liberalisierung und der Beendigung der meisten Sanktionen in den vergangenen zwei Jahren ist ein rapider Veränderungsprozess in Gang gekommen, der das politische System, die Wirtschaft, die militärischen Konflikte, die Beziehungen zwischen den Teilstaaten und die Gesellschaft insgesamt erfasst hat.

Verständlicherweise stand der politische Prozess im Mittelpunkt des Interesses, scheint er doch zentral für viele andere Entwicklungen, besonders den Friedensprozess und eine wirtschaftlichen Entwicklung, die »soziale und ökologische Gerechtigkeit« bringen soll. Nach der Freilassung politischer Gefangener, der Zulassung politischer Parteien und den pseudodemokratischen Wahlen in 2010 für ein Parlament haben sich die politischen Perspektiven gründlich verändert. Institutionen wie Parlament und Parteien, der zivile Staat und die Zivilgesellschaft stehen vor der Herausforderung, Politik, Wirtschaft und Gesellschaft zu transformieren und dabei ihre Rolle zu definieren und Einflussmöglichkeiten zu erarbeiten.

Der politische Prozess wird auch wichtig sein für den Friedensprozess. Der Wiederausbruch der Kämpfe im Kachin State 2011 zeigt das andauernde gefährliche Konfliktpotenzial. Während der Friedensprozess nur mühsame Fortschritte macht, seien »die Bedürfnisse der Bevölkerung darin kaum berücksichtigt«, meint Salai Isaac Khen, Direktor des Gender and Peace Study Center in Yangon.

Die brutal niedergeschlagenen Proteste gegen die Kupfermine Letpadaung und die blutigen Angriffe buddhistischer Gruppierungen auf die muslimische Bevölkerung werfen aber auch die Frage auf, ob durch die Öffnung und die Liberalisierung nicht die tiefsitzenden Widersprüche und die von den Militärs mit Gewalt im Zaum gehaltenen Konflikte den Prozess »zum Entgleisen bringen könnten«, so Khin Zwa Win, Direktor des Tampadipa-Instituts. »Sind wir auf die Herausforderungen vorbereitet?«, fragte er – wobei »wir« unter anderem die schwache, an vielen Bau-

stellen geforderte Zivilgesellschaft, die unerfahrenen Parlamentarier, die korruptierte Rechtsprechung, die Ministerien und Verwaltung gleichermaßen meint.

Die Konflikte könnten die Demokratisierung schnell diskreditieren und den alten Mächten aus dem Militär und der wirtschaftlichen Elite, den »Cronies«, in die Hände spielen. Khin Zaw Win befürchtet daher auch einen »trend of moving to the extreme right«, vorangetrieben beispielsweise durch Teile des buddhistischen Klerus.

Eng verknüpft mit den Fragen nach der Zukunft der politischen Prozesse ist die ökonomische Entwicklung. Die wirtschaftliche Liberalisierung hat einen enormen Schub gebracht. Doch der kommt bislang nicht bei der Mehrheit der Bevölkerung an. Besonders problematisch in diesem Zusammenhang die ungelöste Landfrage und die Notwendigkeit einer breiten landwirtschaftlichen und ländlichen Entwicklung. Stattdessen sorgen infrastrukturelle Großprojekte (Shwe Pipeline, die Tiefseehäfen Kyaukphyu Dawai, der Myitsone-Staudamm) für neue Probleme und Konflikte.

Die anhaltenden Konflikte, die Schwäche der neuen politischen und staatlichen Institutionen und die Befürchtungen, dass die soziale Gerechtigkeit oder die Umwelt auf der Strecke bleiben könnten, warf wiederholt die Frage nach Rolle und Möglichkeiten der Zivilgesellschaften auf. Auch für sie besteht ein gewaltiger Gegensatz zwischen vielfältigen neuen Aktionsfeldern und eng begrenzten Kapazitäten und Erfahrungen. Mit den Reformen konnten sie sich mehr und mehr politisch einbringen, etwa in der Beratung von Parlamentarier und Parteien. Hervorgehoben wurde aber auch eine »NGOisierung« der Zivilgesellschaft, nicht zuletzt durch die zahlreichen ausländischen Geber und entwicklungspolitischen Organisationen.

Diese Sorgen überschatten denn auch immer wieder die Vorteile und Chancen der Öffnung: Die Machtverhältnisse sind nach wie vor sehr unausgewogen, ökonomische Disparitäten nehmen zu. Konflikte sind unvermeidlich, was an sich keineswegs schlecht sei, wie Gerhard Will von der Stiftung Wissenschaft und Politik betonte. Es komme jedoch darauf an, Regeln zu finden, wie sie ausgetragen werden. Das Problem: die Ausgestaltung dieser Regelungen wird beeinflusst durch die Interessen der Konfliktparteien und ihre sehr ungleichen Möglichkeiten, diesen Aushandlungsprozess zu bestimmen. Jenseits aller formalen Fragen um staatliche Strukturen und politische Prozesse geht es dabei im Endeffekt immer um die Verteilung des Reichtum des Landes – und damit auch um soziale und ökologische Gerechtigkeit.

Termin der Südostasien Informationsstelle

Den Mutigen eine Stimme geben: Presse- und Meinungsfreiheit in Südostasien. Die Südostasien Informationsstelle konzipiert gerade eine neue Wanderausstellung zum Thema mit acht Roll up-Postern analog zur erfolgreichen Wanderausstellung über Megacities. Die Auftaktveranstaltung in Form einer Podiumsdiskussion findet am 14. September 2013 abends 18 Uhr im Asienhaus statt. Danach können die Poster ausgeliehen werden.